

Medienkonferenz «Kostenfalle Bürokratie: Wo die Schweiz handeln muss»

Wächst der Staat ungebremst, schrumpft der Wohlstand

Rede von Severin Moser, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Geschätzte Medienschaffende,
sehr geehrte Damen und Herren

Wenn ich mit Unternehmern spreche, höre ich derzeit vor allem eines: Die Unsicherheiten nehmen zu, das unternehmerische Umfeld verschlechtert sich, die Wirtschaft kühlt ab.

Wir können die Weltlage nicht ändern – aber wir können sehr wohl die Rahmenbedingungen im Inland verbessern.

Bürokratie und Regulierung bedeuten vor allem eines: Kosten. Kosten, die die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen direkt schwächen.

Aus Sicht der Arbeitgeber gibt es in drei zentralen Bereichen akuten Handlungsbedarf:

Erstens wächst der Staat schneller als die Privatwirtschaft.

Mehr als vier von zehn neuen Stellen entstehen heute im staatlichen oder staatsnahen Bereich – mit 12 Prozent höheren Löhnen und deutlich besseren Sozialleistungen. Das ist unfaire Konkurrenz um die besten Köpfe und ein fragwürdiger Umgang mit Steuergeldern.

Wir fordern deshalb: Bund, Kantone und staatsnahe Betriebe müssen Mass halten, Prioritäten setzen und endlich das volle Potenzial der Digitalisierung für mehr Effizienz nutzen. Masshalten ist insbesondere in der Verwaltung gefragt. Denn viele dieser Angestellten sind zum Regulieren engagiert. Machen sie also, was von ihnen verlangt wird, führt dies zu höheren Kosten. Es darf aus meiner Sicht nicht sein, dass der Verwaltungsapparat laufend wächst, zumal stärker als die Privatwirtschaft.

Zweitens müssen wir die zunehmende Akademisierung offen und ohne Scheuklappen diskutieren.

Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für eine tertiäre Ausbildung – nicht, weil es zu ihren Talenten passt oder der Arbeitsmarkt diese Menge an Uniabsolventen braucht, sondern weil es gesellschaftlich als «besser» gilt.

Ein Ergebnis dieser Tendenz sind zu viele Absolventen in übersättigten Fächern und gleichzeitig offene Lehrstellen und Fachkräftemangel in handwerklichen und technischen Berufen.

Wir brauchen deshalb eine ehrliche Debatte auch über Steuerungsinstrumente, damit sich Ausbildung wieder stärker am Bedarf des Arbeitsmarkts orientiert.

Drittens steigen die Lohnabgaben laufend an.

Eine gefährliche Tendenz. Denn je höher die Abgaben, desto teurer wird Arbeit, desto weniger lohnt sie sich – und desto weniger neue Stellen entstehen.

Dabei ist die Schweiz selbst in Europa in Sachen Fiskalquote kein Vorbild mehr. Sie hat ihren «schlanken Staat» längst eingebüsst. Betrachtet man die erweiterte Fiskalquote, die neben den Steuern und Sozialabgaben auch obligatorische Abgaben an private Institutionen wie Krankenkassen und Pensionskassen umfasst, ist man auf Augenhöhe mit ehemaligen Fiskalquoten-Schreckensgespenstern wie Deutschland und Österreich. Wobei einer der grössten Treiber die Demographie respektive der Umgang damit im Rahmen der Sozialpolitik ist.

Anstatt endlich strukturelle Reformen ins Auge zu fassen, will der Bundesrat selbst im Rahmen der nächsten grossen AHV-Reform primär Steuern und Lohnabgaben erhöhen. Obwohl bekannt ist, dass je stärker sich die Arbeit verteuert und je weniger sich Arbeit lohnt, desto schädlicher ist dies für Wachstum, Einkommensverteilung und Staatsfinanzen.

Statt laufend die Lohnabgaben zu erhöhen, fordern die Arbeitgeber deshalb strukturelle Reformen:

- Eine echte AHV-Reform z.B. eine automatische Kostenbremse nach dem Vorbild der Schuldenbremse. Ein Vorschlag, der auch im Sinne der politischen Linken sein sollte. Denn wenn es der AHV so gut geht, wie sie behauptet, müsste sie gar nie angerufen werden.
- Bei der IV unterstützen die Arbeitgeber die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Beeinträchtigungen. Ein spezieller Fokus liegt auf verstärkten Anstrengungen zur Arbeitsmarktintegration junger Menschen mit psychischen Problemen. Ein gelingender Einstieg in die Arbeitswelt ist zentral für die persönliche Entwicklung, die soziale Teilhabe und die langfristige wirtschaftliche Eigenständigkeit der Betroffenen.

Die Schweiz lebt von ihrer Standortqualität.

Diese Qualität ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis kluger Entscheidungen.

Wenn wir weiter ausbauen bei Regulierung, Staatsausgaben und Lohnabgaben, verspielen wir jene Trümpfe, die unseren Wohlstand sichern.

Jetzt ist der Moment, die Weichen zu stellen. Nur wenn wir die Prioritäten neu ordnen, bleibt die Schweiz ein Ort, an dem sich Innovation lohnt, Leistung zählt – und Wohlstand möglich ist.

Vielen Dank. Ich übergebe an Markus Ritter.